

„Arroganz der Macht ist zu brechen“

In seinem Rückblick auf das Jahr 1985 geht der Geschäftsleitende Sekretär des Förderativverbandes des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe, Hans Ueli Ruchti, auch auf die einseitige Verteilung des erarbeiteten wirtschaftlichen Ertrages sowie auf die zurzeit herrschende reaktionäre Politik im eidgenössischen Parlament ein.

Während nach Schätzungen der Bank Vontobel die an der Zürcher Börse kotierten Schweizer Unternehmen im Jahre 1985 ihre Gewinne um 25 Prozent erhöhen konnten, mussten die Arbeitnehmer teilweise sogar Reallohnverluste hinnehmen. So habe der Kaufkraftverlust beim Bundespersonal 1985 etwas über ein Prozent betragen, indem die Teuerung nicht voll ausgeglichen worden sei. „Diese einseitige Verteilung des von der gesamten Wirtschaft erarbeiteten Ertrages“, schreibt Ruchti, „ist nicht nur unsozial, sie ist auch gefährlich. Die schweizerischen Gewerkschaften lassen nicht zu, dass die Arbeitnehmer um ihren Anteil geprellt werden“. Und zum politischen Umfeld meint er: „Zusätzlich belastet wird die Situation durch eine rechtsbürgerliche Gruppe in den eidgenössischen Räten, die zunehmend hemmungsloser das Motto durchsetzt, dass jenen zu geben ist, die da bereits haben. Wir erinnern an die Preisüberwachung (die Kredite, lies die Banken, wurden ausgenommen), an das Konsumkreditgesetz, an das Kartellgesetz, an das Aktienrecht oder den Raubzug der ach so notleidenden Banken auf die Bundeskasse mittels der überwiesenen Motionen Feigenwinter und Bürgi, die ultimativ eine fiskalische Entlastung des Finanzplatzes Schweiz in Milliardenhöhe verlangen. Abgerundet wird dieses Bild durch die Entscheide des Ständerates in der Märzsession 1986 zur Steuerharmonisierung (Beispiel Steuerhinterzieher, die weiterhin mit Samthandschuhen angefasst werden sollen) und Beschlüsse zur direkten Bundessteuer, an denen durchschnittliche Arbeitnehmerhaushalte keine Freude haben können. Die gleichen Kreise blocken die politische Erneuerung ab (Verzögerung des doppelten Ja) oder verschleppen und verhindern einen durchaus möglichen und sinnvollen Ausbau der AHV oder Verbesserungen der Krankenversicherung. Diese Arroganz der Macht gilt es zu brechen. Dazu bedarf es der Information, die zu einer Mobilisierung der Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen führen wird, und eines solidarischen Kampfes.“

Auch Erfolge

Als Erfolg für das Bundespersonal wertet Ruchti vor allem die auf den 1. Juni 1986 in Kraft tretende Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 44 auf 42 Stunden, die in wesentlichen Bereichen mit zusätzlichem Personal verbunden ist. Zu den Schwerpunkt-Forderungen gehört momentan die Einführung der flexiblen Altersgrenze. Nach dem Otto-Stich-Tempo werde nun Otto-Stich-Beharrlichkeit und Otto-Stich-Durchsetzungsvermögen gefragt sein, erklärt Ruchti. Für den Förderativverband kämen nur Lösungen in Betracht, die den Beamten aller Besoldungsklassen, also auch jenen mit tiefen Einkommen, erlauben, vom vorzeitigen Altersrücktritt Gebrauch zu machen. Die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung müsse also auch bei der vorzeitigen Pensionierung gesichert sein.

Berner Tagwacht, 26.4.1986.

Föderativverband > Jahresrueckblick Foederativverband 1985. TW, 1985-04-26